

Sozialdemokratischer PresseDienst

Herausgeber und Verantwortlicher:
Erich Siffringhaus, Berlin.
 Telefon: Ost 2204 4198/4198



Stelle für Verlag und Distribution:
 Berlin O 261, Dole-Wilms-Platz 8
 Telefon: Caput

Der Inhalt ist nur auf Grund der...
 für den...
 ...

Berlin, den 14. März 1933

Int. Institut
 Soc. Geschiedenis
 Amsterdam

Die Kommunalwahlen.

Die Nazis auch in den Gemeinden in der Verantwortung.

SPD. Die beiden Regierungsparteien haben bei den Wahlen in Preussen zu den Gemeindeparlamenten, Kreistagen und Provinziallandtagen ihre Stellung auch in den Kommunalvertretungskörperschaften verankert. Das Wahlergebnis ist nicht verwunderlich, es muss ebenso kritisch gewertet werden wie das Ergebnis vom 5. März.

Wenn auch gegenüber dem 5. März eine gewisse Wahlmüdigkeit eingetreten ist, so ist doch klar, dass die Hemmungen, die die Linke erfahren hat, nach einer Woche noch stärker ins Gewicht fallen mussten als am 5. März. Das Ergebnis ist in 10 von 12 Provinziallandtagen bestehen Mehrheiten der beiden Regierungsparteien, in einem Teil davon nationalsozialistische Mehrheiten. Im Staatsrat in Preussen wie im Reichsrat wird die Regierung in Zukunft starke Mehrheiten zur Verfügung haben. In den Gemeinden ist mit wenigen Ausnahmen der sozialdemokratische Einfluss völlig ausgeschaltet. Was in den Ländern ohne Landtagswahlen durch die Reichskommissare herbeigeführt worden ist, erfolgt in der preussischen Kommunalverwaltung durch diese Wahl - die völlige Gleichschaltung des Verwaltung apparats im Sinne der Politik der Hitler-Regierung.

Trotzdem ist es nicht unnützlich, sich das Gesamtbild dieser Wahl zahlenmässig vor Augen zu führen. In den 12 preussischen Provinzen ergibt sich für die Hauptparteien das folgende Bild:

	12. März	5. März	Verlust
NSDAP	8 742 000	9 302 000	560 000
SPD	3 104 000	3 340 000	236 000
KPD	1 672 000	2 618 000	946 000
Zentrum	3 014 000	3 257 000	243 000
Deutschnationale	1 845 000	1 789 000	+ 56 000 (Gewinn)

Es zeigt sich, dass sich die Sozialdemokratische Partei trotz des ungeheuren Ansturms gegen sie zäh verteidigt hat, ihr Verlust entspricht etwa dem Rückgang der Wahlbeteiligung; er ist absolut und relativ geringer als der Verlust des Zentrums. In der Provinz Niederschlesien hat die Partei noch über 5000 Stimmen gewonnen! Nachdem Ergebnis der letzten Reichstagswahlen war der Verlust unserer Gemeindepotionen zu erwarten, aber auch diese Wahl hat bestätigt, dass unsere Kerntruppen unbeirrt zur Partei stehen!

Dagegen ist die Stimmzahl der Kommunistischen Partei um über 30 Prozent zusammengesunken. Die KPD ist in besonderer Situation, und es ist deshalb schwer, Schlüsse zu ziehen auf die künftige Haltung der bisherigen KPD-Wähler.

Interessant ist die Bewegung bei der Kampffront Schwarzweissrot. In zehn Provinzen von 12 hat sie Stimmen gewonnen, und zwar insgesamt 93.000. In zwei Provinzen hat sie 37 000 Stimmen verloren, sodass sie trotz dem Rückgang der Wahlbeteiligung einen Gewinn von 56 000 Stimmen zu verzeichnen hat.

In Berlin ist die bisherige rote Mehrheit verloren gegangen. Hier zeigt das Wahlergebnis das folgende Bild:

	<u>12. März</u>	<u>5. März</u>	<u>Verlust</u>
NSDAP	984 000	1 031 000	47 000
SPD	566 000	647 000	81 000
KPD	500 000	729 000	229 000
Zentrum	120 000	148 000	28 000
Deutschnationale	311 000	326 000	15 000

Nationalsozialisten und Deutschnationale haben im Berliner Stadtparlament eine Mehrheit von einer Stimme, sie haben bereits Schritte zu völliger Neubesetzung der Stadtverwaltung unternommen. Das Berliner Wahlergebnis steht ganz besonders unter dem Druck der letzten politischen und unpolitischen Ereignisse in Berlin.

Gemeindepolitik ist höchst verantwortliche Politik. Ihre Ergebnisse treten sehr rasch zutage, sie werden im einzelnen und kleinen sichtbar, der Einzelne spürt sie eher an sich selbst als die Ergebnisse der Landes- oder Reichspolitik. Die Verantwortlichkeiten sind nun klargestellt. Das neue System hat sie übernommen. Es muss jetzt wirksam werden.

SPD. In einer Verfügung des Reichspräsidenten, die sich weder auf die Reichsverfassung noch auf eine andere zurzeit geltende gesetzliche Bestimmung stützt, heisst es, dass vom Montag ab "bis zur endgültigen Regelung der Reichsfarben die schwarz-weiss-rote Fahne und die Hakenkreuzfahne gemeinsam zu hissen" sind. Die militärischen Gebäude und Schiffe hissen, wie es in dem Erlass des Reichspräsidenten heisst, nur die Reichskriegsflagge.

Der Erlass lässt deutlich die Absicht erkennen, dem neuen Reichstag schwarz-weiss-rot mit einer Hakenkreuz-Goesch oder einen ähnlichen Kompromiss als Reichsfarbe vorzuschlagen. Er setzt zugleich voraus, dass das Zentrum einer Aenderung der Reichsfarben, die nach der Verfassung nur mit Zweidrittelmehrheit möglich ist, zustimmt. Vorerst hat sich das Zentrum weder positiv noch negativ zu dem Plan einer Aenderung der Reichsfarben geäußert. Immerhin glaubt die Berliner "Germania" zu der neuesten Flaggen-Verfügung des Reichspräsidenten gewisse Bedenken anmelden zu müssen. Das angewandte Verfahren bedeute praktisch die Suspension eines Verfassungsartikels und es bestehe die Gefahr, dass es als Präzedenzfall für noch weitergehende Eingriffe in das Verfassungsleben benutzt werden könne.

SPH. Hamburg, 13. März (Eig. Drahtb.)

Am Montag wurde im Hamburger Gewerkschaftshaus, dem Verlagshaus des "Hamburger Echo" und den Büros der Sozialdemokratischen Partei gehaussucht. Gefunden wurde nichts.

Der preussische Landtagsabgeordnete Bugdahn, der am Sonnabend in Schutzhaft genommen wurde, ist inzwischen wieder aus der Haft entlassen worden. Auch die auf Veranlassung des nationalsozialistischen kommissarischen Magistrats Altona festgenommenen Magistratsmitglieder von Altona, Bürgermeister Dr. Ebert und die Senatoren Oelsner und Schöning, die der Staatspartei angehören bzw. nahestehen, wurden inzwischen wieder freigelassen.

SPD. Mannheim, 13. März (Eig. Drahtb.)

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wagner-Ludwigshafen, der Vorsitzende des Pfälzischen Reichsbanners, ist nach Schluss einer Schwurgerichtsverhandlung, in der er als Verteidiger auftrat, verhaftet worden. In Mannheim wurde der badische Landtagsabgeordnete der sozialdemokratischen Partei Ernst Kraft in Schutzhaft genommen.

SPD. Breslau, 13. März (Eig. Drahtb.)

Im Landkreis Breslau wird gegenwärtig die Bildung einer Einwohnerwehr durchgeführt. Sie soll die Aufgabe haben, die Dörfer und Güter vor Sabotageakten zu schützen.

Der Führer der Einwohnerwehr Hauptmann a. D. Oelffen erklärte bei der Vereidigung von etwa 140 Ortsgruppenführern, dass die Wehr alle Volksschichten umschliessen solle. Das Zentrum verhalte sich der neuen Organisation gegenüber ablehnend. Marxisten hätten versucht, sich Eingang zu verschaffen. Sie hätten aber in der Wehr nichts zu suchen. Patrouillen würden Tag und Nacht auf alle Personen achten, die die Dörfer betreten. In Fällen, in denen eine Person bei der Vorbereitung oder Ausführung einer strafbaren Handlung angetroffen werde, dürfe geschossen werden. Die Führer der Patrouillen würden Armbinden tragen, auf denen ein Sinnbild von Krone und Hakenkreuz die Kampf-gemeinschaft zwischen Stahlhelm und Nationalsozialisten kundtue.

SPD. Mannheim, 13. März (Eig. Drahtb.)

Die Innenräume des Mannheimer Gewerkschaftsgebäudes sind von SA- und SS-Leuten fast völlig zerstört worden.

Im Volkshaus-Restaurant wurden eine Registrierkasse und ein Spielautomat erbrochen und das darin befindliche Geld entwendet. Sämtliche Vorräte an Spirituosen, Esswaren und Rauchwaren wurden aufgezehrt. Fast keine Fensterscheibe ist im Restaurant ganz. Sämtliche Zimmer des vierstöckigen Gewerkschaftshauses sind erbrochen worden. Alle Bilder und republikanischen Symbole wurden zerstört; bronzene Ebertbilder als Zielscheibe benutzt. Aus vielen Büros wurden Briefmarken, Bargeld und Büromaterial entwendet. Waschbecken, Musikinstrumente, Schreibmaschinen und Telefonapparate wurden demoliert. Der Gesamtschaden wird auf 20 bis 30 000 Mark veranschlagt, die auf Grund des Tumultschadengesetzes zurückgefordert werden.

Vorläufig wird das Gewerkschaftshaus polizeilich geschützt.

SPD. Die "Gewerkschaftszeitung", das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, nimmt in ihrer neuesten Nummer in beachtenswerten Äusserungen zum Ausgang der Reichstagswahlen Stellung.

Die "Gewerkschaftszeitung" macht darauf aufmerksam, dass das Reichskabinett Hitler-Papen-Hugenberg im Reichstag über eine unantastbare regierungsfähige Mehrheit gebietet. Vom Reichspräsidenten berufen, sei die Regierung vom Votum des Volkes bestätigt. Nach den Formen der Verfassung zur Macht erhoben, könne sie ihre Macht vollkommen legal gebrauchen, und es seien in der Öffentlichkeit Stimmen laut geworden, die, anknüpfen an diesen verfassungsmässigen Tatbestand, daran erinnerten, dass diese der Regierung gegebenen Möglichkeiten eine Verpflichtung einschliessen. Die Regierung könne im Reichstag ohne die Mühe und den Zeitverlust umständlichen Verhandeln jedes Gesetz

zur Annahme bringen, das keinen verfassungsändernden Charakter habe. Sie könne zum Beispiel Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf normalem gesetzlichem Weg bewirken, so durch Verkürzung der Arbeitszeit durch Arbeitsbeschaffung, durch Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen des Volkes. Die Regierung verfüge auch neben dem Vertrauen des Reichspräsidenten über ein arbeitsfähiges Parlament. Sie bedürfe keiner weiteren Vollmachten, keiner Ausnahmerechte mehr. Sie könne daher auch in absehbarer Zeit in der Lage sein, sich und dem Volke den Wunsch zu erfüllen, dass der normale Zustand so bald wie möglich wiederkehre.

"Ein Verzicht auf Ausnahmerechte und Ausnahmestände" - so betont die "Gewerkschaftszeitung" - wäre eine Geste, die weitgehend hin im Volke beruhigend wirken und den zerstörenden Hass abbauen würde, der in den Parteikämpfen der letzten Jahre angespeichert worden ist. Und die Befriedung des Volkes würde, je eher sie möglich wäre, um so wirksamer auch jene Beruhigung der gesamten politischen Sphäre herbeiführen, deren die Wirtschaft so dringend bedarf, um zu bestehen und zu gedeihen. Diese Befriedung im Innern erscheint uns zugleich als die Voraussetzung für eine tatkräftige Aussenpolitik."

Im Anschluss an diesen Hinweis auf die Stärke und Bedeutung der verfassungsmässigen Machtstellung der Regierung skizziert das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Haltung der Freien Gewerkschaften folgendermassen:

"Die deutschen Gewerkschaften aber werden auch weiterhin, unabhängig von Parteien und Parteikonstellationen, ihre Pflicht erfüllen, die Pflicht, die ihnen auferlegt ist durch das Vertrauen ihrer Mitglieder, des Kerns der Arbeiterschaft. Unsere Betriebsrätekonferenz am 22. Januar, der Ausgang der Betriebsrätewahlen in den letzten Wochen und steigende Mitgliederzahlen zeugen davon, dass der Fundus an Vertrauen, auf dem die Kraft der Gewerkschaften beruht, unangetastet geblieben, ja, im letzten Jahre den widrigsten Umständen zum Trotz neu befestigt worden ist. Und die Abschlüsse umfassender Tarifverträge, wie im Baugewerbe und in der Textilindustrie, beweisen, dass die Gewerkschaften auch unter den schwierigsten Umständen ihren Dienst zum Wohl des arbeitenden Volkes versehen. Sie stehen aufrecht in den Stürmen unserer Tage. Sie leben nach ihren eigenen inneren Gesetzen, erfüllen ihre eigenen, ihrem Zweck entsprechenden Aufgaben. Getragen von dem Vertrauen der Arbeiter- und Arbeiterinnen, werden sie auch in Zukunft eintreten für die Verbesserung der Arbeitsbedingen, für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftspolitische Vernunft."

SPD. Einen Tag vor dem Ablauf seiner neusten Verbotsperiode, am Montag, ist das Berliner "8 Uhr Abendblatt" wieder erschienen. Ausgeblieben ist jedoch sein Chefredakteur Dr. Zucker. Zu dieser Tatsache teilt der Verlag Rudolf Mosse an der Spitze des Blattes mit, dass zwischen ihm und dem Reichsminister Goering eine Uebereinkunft erzielt worden sei. Sie besteht darin, dass der Chefredakteur des "8 Uhr Abendblattes" "fristlos entlassen" wurde und an dessen Stelle der Sportredakteur Fritz Kirchhofer getreten ist.

Unter ähnlichen Bedingungen wurde auch das vorzeitige Wiedererscheinen des verbotenen "Berliner Tageblattes" gestattet. Weitere Veränderungen in den politischen Redaktionen des Mosse- und des Ullstein-Verlags stehen bevor.

SPD. Der konservativen Wochenschrift "Der Ring", die von dem prominenten Herrenklubmitglied Heinrich von Gleichen herausgegeben wird, entnehmen wir folgendes :

"Der Brand im Reichstag hat zu schärfsten Gegenmassnahmen der Reichsregierung geführt. Die Behörden befinden sich in einem Zustand höchster Bereitschaft. Die deutsche Öffentlichkeit und die Leitartikel klingen wider von der Frage: Wie war das möglich? Sind wir denn wirklich ein Volk aus blinden Hühnern? Wo stecken die Urheber dieses Anschlags, dessen Rückwirkung zeigt, wie zielsicher sie gehandelt haben? Um eine Antwort auf alle Fragen zu geben, stellen wir nüchtern und sachlich nur eines fest: Es fehlt uns an einem Secret Service, einem Geheimdienst, wie ihn die Engländer und andere Nationen besitzen..... Besässen wir eine solche Einrichtung, dann würde man heute schon ganz genau wissen, in welcher Richtung die Urheber des Reichstagsbrandes zu suchen wären, ja man würde die eigentlichen Männer schon kennen. Es sind vielleicht Mitglieder der besten deutschen oder internationalen Gesellschaft."

SPD. Der Deutsche Metallarbeiterverband teilt folgende neue Betriebsrätewahlergebnisse mit :

Berlin: Borsig Freie Gewerkschaften 296 Stimmen und 6 Arbeiterratsmandate - im Jahre 1931 = 855 Stimmen und 5 Mandate. RGO 151 Stimmen (12 Mandate) und 1931 = 1 059 (8). Nationalsozialisten 103 (2) 1931 = 165 (1).

Göttingen: Deutsche Feilen und Maschinenfabrik G.m.b.H. Freie Gewerkschaften 48 (6) - 1931 = 2 Mandate. Christen 31 (3) - 1931 3 Mandate. - Feilenfabrik Duderstadt: Freie Gewerkschaften diesmal 4 und Christen 2 Mandate.

Hamburg: Radioröhren, Lokstädt: Freie Gewerkschaften 213 (7) - 1931 285 (5). Nationalsozialisten 25 Stimmen und kein Mandat - 1931: 0.

Karlsruhe: Schaerer & Co.: Ohne Gegenliste 4 Arbeiterratsmitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes. - Eisenwerke Gaggenau: Ohne Gegenliste 6 Arbeiterratsmitglieder des DMV.

Hohenlimburg: Limburger Fabrik und Hüttenverein (Hoesch): Freie Gewerkschaften 364 Stimmen (7 Mandate) 1931 = 506 Stimmen (9). Nationalsozialisten 103 (1), 1931 = 0. - Federnfabrik Hohenlimburg (Hoesch): Freie Gewerkschaften 47 Stimmen (3 Mandate) 1931 = 80 Stimmen (5). Nationalsozialisten und Stahlhelm 31 (2), 1931 = 0. Christen diesmal 0, 1931 = 20 Stimmen und 1 Mandate. - Eisen- und Stahlwerk Döhner- Abt. Wilke, Letmathe: Freie Gewerkschaften diesmal 64 Stimmen (4 Mandate), 1931 = 110 (5). Christen 39 (2) 1931 = 40 (2). - Firma Schütte, Meyer u.Co.: Freie Gewerkschaften diesmal 5 Mandate vor zwei Jahren 5. Christen jetzt und vor 2 Jahren 1 Mandat. Kaltwalzwerk Hohenlimburg (Hoesch) Freie Gewerkschaften 5 Mandate, 1931 = 6. Nationalsozialisten 1, vor 2 Jahren 0. Christen 0, vor zwei Jahren 1.

In folgenden Betrieben wurde nur eine freigewerkschaftliche Liste eingereicht: Vereinigte Stahlwerke, Abteilung Wurag 7 Mandate, C.M. Pieper 3, Friedrich Gustav Theis 5, Ch. Adolf Fisser 5, Carl Kritzler 5, Borlinghaus & Co. 5, Kraft u.Co. 3, Metall- und Kaltwalzwerk 5. I.D. Böcker Söhne 3, Bilstein u.Co. 4 Mandate.

In Mannheim wurden in folgenden Betrieben ebenfalls nur freigewerkschaftliche Listen für die Arbeiterratswahl eingereicht: Mohr u. Federhaff (103 Arbeiter - 6 Vertreter), Schiffswerft Mannheim (240 - 7), Hommelwerke Mannheim (149 - 6), Winterwerb, Streng-Mannheim (76 - 5), Ankerwerke Heuss Mannheim (23 - 3), Feilenfabrik Freymann-Weinheim (56 - 4), Pfaudlerwerke Schwetzingen (95 - 5), Fulminawerke Friedrichsfeld 32 - 3.

München: Bei den Münchener Emaillier- und Stanzwerken G.m.b.H. mit 84 Belegschaftsangehörigen wurden 5 freigewerkschaftliche Arbeiterratsmitglieder ohne Gegenvorschlag gewählt.

Remscheid: Bei den Deutschen Edelstahlwerken erhielten die Freien Ge-

werkschaften 235 Stimmen und 6 Arbeiterratsmandate, die RGO 62 (1).

Schweningen: Bei der Firma Schlenker-Grusen erhielten die Freien Gewerkschaften 125 Stimmen und 4 Mandate - 1931 = 123 : 3, die RGO musterte 124 Stimmen und 3 Mandate - 1931 = 179 : 4.

Siegburg: Bei der Klöckner A.G. Mannstaedtwerke Troisdorf erhielt der Deutsche Metallarbeiterverband 656 Stimmen und 8 Mandate - 1931 : 932 - 8, der Christliche Verband 277 Stimmen und 3 Mandate - 1931 : 396 - 3.

Würzburg: Bei der Firma König und Bauer mit 694 Arbeitern wurden 9 freigewerkschaftliche Arbeiterratsmitglieder ohne Gegenvorschlag gewählt. -

Diese Ergebnisse zeigen sämtlich ein für die Gewerkschaften günstiges Bild. Sie beweisen, dass es bei Anstrengung aller Kräfte durchaus möglich ist, trotz der Ungunst der Zeitverhältnisse die Betriebsrätewahlen zu einem gewerkschaftlichen Erfolg zu machen. Man darf erwarten, dass die Metallarbeiter überall auf dem Posten sind.

SPD. Die "Säuberungs"-Aktion der neuen Machthaber erstreckt sich nicht nur auf die Verwaltungen der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden. Auch in den Theatern ist man bereits eifrig bei der Arbeit.

Im Dresdner Staatstheater wurde Regierungsrat Dr. Adolph zum kommissarischen Generalintendanten ernannt. In Breslau wurde der Leiter des Lobe-Theaters und des Gerhart Hauptmann-Theaters, Intendant Paul Barnay, der nach seiner Entführung und Misshandlung durch SA-Leute einen Nervenzusammenbruch erlitten hat und ein Sanatorium aufsuchen musste, gleichfalls zum Rücktritt gezwungen. Der Intendant des Breslauer Stadttheaters, Dr. Hartmann, darf zwar noch bis zum Ende der laufenden Spielzeit auf seinem Posten bleiben, jedoch ist ihm ein Ausschuss von drei Nationalsozialisten zur Seite gestellt worden. Ferner hat der Leipziger Oberbürgermeister Goerdeler den Leiter der Leipziger Oper, Generalmusikdirektor Gustav Brecher, bis auf weiteres beurlaubt. Brecher der sich schon vor dem Kriege als Dirigent an der Hamburger Oper einen guten Ruf erworben und während seiner langjährigen Leipziger Wirksamkeit besonders durch seine tatkräftige und zielbewusste Forderung des zeitgenössischen Opernschaffens allgemeine Anerkennung weit über die Grenzen Leipzigs hinaus gefunden hat, kann als eine der bedeutendsten Dirigentenpersönlichkeiten im deutschen Opernleben der Gegenwart erachtet werden. Schliesslich ist auch der Leiter der Berliner Städtischen Oper, Generalintendant Professor Karl Ebert, der nationalsozialistischen Reinigung des deutschen Kunstlebens zum Opfer gefallen. Während Ebert der "Rienzi"-Premiere in der Staatsoper beiwohnte, erschien im Büro der Städtischen Oper der nationalsozialistische Stadtverordnete Dr. Robert Matschuk in Begleitung eines SA-Kommandos und erklärte Ebert für abgesetzt und sich selbst als seinen Nachfolger. Zu seinem Stellvertreter ernannte er den früheren Intendanten der Berliner Grossen Volksoper, Otto Wilhelm Lange, der bereits im vorletzten Herbst ein nach wenigen Wochen zusammengebrochenes nationalsozialistisches Parteitheater geleitet hat. Oberbürgermeister Dr. Sahm, der erst später Kenntnis von diesen Vorgängen erhielt, hat zur Vermeidung von Komplikationen Ebert bis zur Klärung der Angelegenheit beurlaubt. Ferner wurden die Dirigenten Dr. Fritz Stiedry und Paul Breisach und der Spielleiter der Städtischen Oper Rudolf Zindler ihrer Ämter enthoben. Es wurde ihnen verboten, das Opernhaus weiter zu betreten.

In den $1\frac{1}{2}$ Jahren seiner Intendantentätigkeit war es Ebert gelungen, die Städtische Oper zu einem der wichtigsten und wertvollsten Institute des deutschen Musiklebens zu machen. Die Gestaltung seines Spielplans und seine eigene Regietätigkeit konnten im ganzen Reiche als vorbildlich gelten. Auch die Wirksamkeit des Dirigenten Stiedry hat einmütig höchste Anerkennung gefunden.

SPD. Reichsarbeitsminister Seldte ist anstelle von Dr. Syrup zum Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst ernannt worden. Ueber die Frage der Stellvertretung des Arbeitsdienstkommissars ist bis jetzt noch keine Entscheidung getroffen.

SPD. Bremen, 13. März (Eig. Drahtb.)

Der Prozess gegen die Brüder Lahusen, die Inhaber und Bankrotteure des Nordwolle-Konzerns, ist wiederum "bis auf weiteres" vertagt worden. Die Justizpressestelle teilt dazu mit:

"Auf Grund einer Besprechung des Reichskommissars für Bremen mit der Staatsanwaltschaft hat die Staatsanwaltschaft beantragt, mit Rücksicht auf die gegenwärtige politische Lage den Hauptverhandlungstermin in der Strafsache Lahusen bis auf weiteres zu vertagen. Das Gericht hat dem Antrag entsprochen."

Verteidiger Lahusens ist der nationalsozialistische Rechtsanwalt Luetgebrune.

SPD. In den Betrieben der Vereinigten Oelfabriken Thoerls in Harburg-Wilhelmsburg war es infolge von Differenzen zwischen der Direktion und dem Betriebsrat wegen anderweitiger Festsetzung der Akkordlöhne zu einem Streik gekommen. Da es sich hierbei angeblich nicht um einen ordnungsmässigen Streik gehandelt hat, wurden ein Betriebsratsmitglied und ein Gewerkschaftsangehender, die die Streikparole herausgegeben haben sollen, vorübergehend in Schutzhaft genommen. Der Streik wurde jedoch rasch beigelegt. Die Arbeit ist wieder aufgenommen und die Schutzhaft wieder aufgehoben worden.

SPD. Darmstadt, 13. März (Eig. Drahtb.)

Der Hessische Landtag hat am Montag den bisherigen Landtagspräsidenten Werner mit 45 gegen 15 Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. Ausserdem wurde ein Ermächtigungsgesetz angenommen und der gesamte Etat für das Jahr 1933 verabschiedet. Die kommunistische Fraktion war bis auf vier Mitglieder, die vor dem Betreten des Landtags verhaftet wurden, nicht erschienen. Die Sozialdemokraten stimmten gegen, das Zentrum für sämtliche Anträge der Nationalsozialisten.

Staatspräsident Werner bestimmte zum Minister des Innern, der Finanzen und der Justiz den bisherigen Kommissar Dr. Müller-Alsfeld. Zugleich liess er sich vom Landtag bestätigen, dass das Gesamtministerium nur aus zwei Ministern bestehen solle. Landtagspräsident wurde der nationalsozialistische Abgeordnete Jung.

Das vom Landtag beschlossene Ermächtigungsgesetz hat folgenden Wortlaut: "Die Regierung wird ermächtigt, im Rahmen der Verfassung alle Massnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Land sowohl zur Sicherung von Personen und Eigentum als auch auf finanzrechtlichem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet für erforderlich und dringend erwartet." Das Gesetz ist auf Wunsch des Zentrums bis zum 31. Oktober 1933 befristet.

Das Zentrum liess erklären, dass es die neue Regierung unterstütze in der Erwartung, dass Ordnung und Sicherheit aufrechterhalten werden. Der neue Staatspräsident erklärte, die neu gebildete nationalsozialistische Regierung sei überzeugt, dass die Reichsleitung unter Führung Adolf Hitlers alles tun werde, um den Lebensbelangen der einzelnen Länder in der Wahrung eines gesunden Föderalismus zu entsprechen. Die hessische Regierung werde ihrerseits

den Gleichklang des Landes mit dem Reich zu wahren wissen. Hierauf wurde der Etat innerhalb weniger Minuten ohne Debatte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Bald nach Schluss der Sitzung wurden der bisherige Staatspräsident Adelung und der Landesparteisekretär der SPD Widmann-Offenbach in Schutzhaft genommen, nach einiger Zeit jedoch wieder freigelassen. Aufgehoben wurde auf Anordnung des neuen Staatspräsidenten auch die inzwischen von Unbefugten vorgenommene Schliessung der Konsumläden.

Die sozialdemokratische Presse in Hessen ist bis zum 19. März verboten.

SPD. Magdeburg, 13. März (Eig. Drahtb.)

Der sozialdemokratische Stadtrat Kresse aus Schönebeck a.d. Elbe wurde in einer Gastwirtschaft durch einen Schuss in die Schläfe getötet. Der Schütze feuerte von aussen durch das Fenster.

SPD. Halle, 13. März (Eig. Drahtb.)

Das Gewerkschaftshaus in Halle wurde von der SA besetzt. Auf Anordnung der Polizei sind die Räume geschlossen worden.

SPD. Am Sonntag-Abend versuchten Nationalsozialisten den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Künstler festzunehmen. Als sie ihn in der Wohnung seines 65jährigen Schwiegervaters Cornelius Erdmann nicht antrafen, nahmen sie Erdmann mit. Seiner Frau erklärten sie, dass ihr Mann zurückkehren werde, aber als Krüppel. In einer SA-Kaserne, wohin Erdmann geschafft wurde, musste er sich entkleiden. SA-Leute hielten ihm ein Gewehr vor und verlangten die Adresse Künstlers. Als er wiederum ablehnte, wurde er gezwungen "Griffe zu klopfen". Einige Zeit später erschienen SA-Leute in der Wohnung des Abgeordneten Künstler. Auch hier durchwühlten sie alles ohne Künstler anzutreffen. Ein Ueberfall-Kommando machte ihrem Treiben schliesslich ein Ende. Der Schwiegervater Künstlers wurde abends wieder entlassen.

Der Vorfall spielte sich fünf Stunden nach der Rundfunk-Erklärung Hitlers ab, in der den SA- und SS-Leuten befohlen wurde, alle Einzelaktionen zu unterlassen.

SPD. München, 13. März (Eig. Drahtb.)

Auf Anordnung des bayerischen Staatskommissars wurden in Ludwigshafen verhaftet: der sozialdemokratische zweite Bürgermeister Kleefoot, ein Redakteur der sozialdemokratischen "Pfälzischen Post", sämtliche zwölf sozialdemokratischen Mitglieder des Stadtrates sowie zwei weibliche Mitglieder der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion.

Der Erste Bürgermeister der Stadt Neustadt a.d.H., Dr. Forthuber ist verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert worden.

SPD. Kiel, 13. März (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Sonntag wurde der Kieler Rechtsanwalt und sozialdemokratische Strafverteidiger Dr. Wilhelm Spiegel in seiner Wohnung vor den Augen seiner Frau erschossen. Die beiden Täter sind entkommen. Spiegel war eine ausserordentlich geachtete Persönlichkeit Kiels. Mehrere Jahre war er Stadtverordnetenvorsteher und Mitglied des preussischen Staatsrates. Anlässlich des Mordes an Dr. Spiegel hat der Führer des Kieler "Stahlhelms" dem Führer der "Eisernen Front" das offizielle Beileid und den Abscheu über das Verbrechen ausgesprochen.

Spiegel wurde nachts gegen zwei Uhr aus dem Schlaf geschellt. Als Frau Spiegel das Fenster öffnete, riefen zwei Männer: "Aufmachen, Polizei. Wir haben eine Haussuchung vorzunehmen." Frau Spiegel rief sofort das Ueberfallkommando an und bat ihren Mann, nicht zu öffnen. Spiegel tat es dennoch. Zwei Männer traten ein und sofort jagte einer der Beiden dem im Nachttanzug stehenden Rechtsanwalt eine Kugel in die Schläfe.

In Kiel herrscht über diesen Mord grösste Bestürzung. Die Gauleitung der NSDAP erklärt, ihre Organisationen stünden dieser Tat fern und sie werde gegen jeden Verbreiter unerwiesener Behauptungen "unnachsichtlich vorgehen."

SPD. Am Montag begann vor dem Schwurgericht des Landgerichts III-Berlin der Prozess gegen den Bankdirektor Willi Hintze, der in der Nacht zum 24. Oktober vorigen Jahres im Charlottenburger Opernhaus seine Ehefrau, die Kammermärsängerin Gertrud Bindernagel, niedergeschossen hat. Frau Bindernagel erlag 10 Tage später der erlittenen Verletzung. Die Anklage lautet auf Totschlag. Es sind etwa 40 Zeugen geladen.

Hintze ist im Dezember 1879 in Potsdam geboren; beruflich war er im Bankfach tätig; im März vorigen Jahres leistete er den Offenbarungseid. Die Anklage unterstellt in Uebereinstimmung mit dem bisherigen Ermittlungsergebnis, dass Hintze sich nicht nur von Gertrud Bindernagel, die selbst Not litt und buchstäblich hungerte, aushalten liess, sondern dass er auch ihr gesamtes hohes Einkommen dazu benutzte, seine enormen Schulden abzudecken.

Der Angeklagte, ein kleiner untersetzter Herr, vergiesst viele Tränen - besonders in der Erinnerung an seine Ehe mit Gertrud Bindernagel, die er selbst als glücklicher zu schildern versucht, als es die Künstlerin, die kurz vor ihrem Tode die Scheidungsklage eingereicht hatte, ihren Freunden gegenüber getan hat: "Es war reine Liebe. Als ich Frau Bindernagel kennenlernte, war ich in guten finanziellen Verhältnissen, ja sogar mehrfacher Millionär. Wir haben uns geheiratet, nachdem die beiderseitigen Ehen gelöst waren. Frau Bindernagel ging mit einem glänzenden Vertrag nach Mannheim; im Juli 1931 wurde sie dann an die Städtische Oper in Berlin-Charlottenburg engagiert. Sie bekam eine Gage von jährlich 33 000 Mark. Dieses Engagement habe ich meiner Frau vermittelt. Ich war auch sonst der ausgesprochene Impressario meiner Frau und habe ihr dadurch grosse Vermittlergebühren erspart. Meinen persönlichen Verbrauch habe ich genau verbucht; ich lebte sehr bescheiden. Ich habe weder Geld verprasst, noch schlecht verwaltet, das ist alles Schwindel. Es kam zu Differenzen vielmehr daher, dass die Mutter und die Schwester meiner Frau es hauptsächlich auf ihr Geld abgesehen hatten. Schwiegermutter und Schwägerin sprachen nur als von dem "Karl" von mir, das war ja die reine Familienkomplott G.m.b.H."

Der Vorsitzende veranlasst dann den Angeklagten, die Tat zu schildern: "Die Verhältnisse spitzten sich immer mehr zu. Ich wurde von meinen Angehörigen gegenüber meiner Frau schlecht gemacht. Da verlangte ich, dass Schwiegermutter und Schwägerin das Haus sofort verlassen. Meine Frau war einverstanden, und die beiden zogen auch weg. Aber drei bis vier Monate später wa-

ren alle wieder da... Nach der unglaublichen Enttäuschung, die ich erlebt habe, war ich lebensmüde. Noch im Februar hatte doch meine Frau gesagt, sie könne nicht ohne mich leben, und im Oktober hat sie dann die Scheidungsklage eingereicht; das hielt ich nicht aus. Ja, wenn die Leute fortgegangen wären, dann hätte ich meine Frau umgestimmt. Hat sie doch noch auf dem Sterbebett gesagt: "Wenn ich wieder gesund werde, dann gehe ich wieder zu meinem Mann zurück! Ich wollte nicht schießen, ich habe aber geschossen, und ich drücke mich nicht! Bis aufs Blut bin ich gereizt worden!"

Am Spätnachmittag wurde in die Beweisaufnahme eingetreten. Die Zeugin Moldenhauer behauptete im Gegensatz zu den Aussagen des Angeklagten, dass die Ehe Bindernagel-Hintze schon seit langem sehr unglücklich gewesen wäre. Die als Sachverständigen vernommenen Aerzte brachten in ihrem Gutachten zum Ausdruck, dass die Lungenembolie, der die Künstlerin zehn Tage nach der Tat erlegen ist, in unmittelbarem Zusammenhang stehe mit der Bauchschussverletzung, die ihr von ihrem Manne beigebracht worden sei. Diese juristisch sehr belastende Feststellung vermochte auch eine Reihe von Zwischenfragen des Verteidigers, Rechtsanwalt Bahn, nicht zu beseitigen. Die Verhandlung wird am Dienstag fortgesetzt

SPD. Der Konzernkoloss des vielgenannten Grossindustriellen und Grossfinanziers Friedrich Flick, die Aktiengesellschaft Charlottenhütte in Düsseldorf, weist für das Jahr 1932 einen Rohgewinn von 3,6 Millionen Mark aus. Von diesem Gewinn dürften rund 3 Millionen Mark aus dem Verkauf der Gelsenkirchener Bergwerks A.G. durch die Charlottenhütte an das Reich stammen. Die Bilanz erfasst nur die Charlottenhütte und die drei holländischen Finanzierungsgesellschaften Metafine, Nedahand und Commerce. Unberücksichtigt bleiben die Eisenproduktionsbetriebe, die Mitteldeutschen Stahlwerke und die Maximilianhütte.

Das sind die Grundpfeiler des Gebäudes, das Friedrich Flick aus Kriegs-, Inflations- und Spekulationsgewinnen errichtete, das aber einen Fehler hatte, nämlich den, zum grössten Teil durch Kredite finanziert zu sein. Man kann annehmen, dass die Charlottenhütte, zur Zeit als es um Friedrich Flick nicht besonders gut stand, mit rund 140 Millionen Mark Schulden belastet war, für die die entsprechenden Zinsen aufgebracht werden mussten. Andererseits warfen der Mitteldeutsche Stahltrust und die Maximilianhütte keine Dividende ab; auch bei der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. und bei dem von dieser beherrschten Ruhrtrust begann die Dividende zu versiegen. Dass diese finanzielle Lähmung nicht auf den Konzern der Charlottenhütte beschränkt bleiben konnte, liegt auf der Hand. Wenn man nach Gründen für die besondere Verschärfung der Krise in Deutschland sucht, dann muss man die Vorgänge in der Charlottenhütte berücksichtigen. Von hier ist ohne Zweifel eine starke Lähmung des deutschen Wirtschaftslebens ausgegangen. In der Praxis liegen die Dinge ein wenig anders als in der Agitation, wo man ohne jeden Beweis dem Marxismus Mögliches und Unmögliches in die Schuhe schieben kann.

In der gewaltigen Umgruppierung, die sich während der letzten Jahre in der deutschen Schwerindustrie vollzogen hat, spielte Friedrich Flick mit seiner Charlottenhütte eine ausschlaggebende Rolle. Das gilt für die Bildung des Mitteldeutschen Stahltrusts, für die Kämpfe um die Gelsenkirchener Bergwerks A.G. und die Vereinigten Stahlwerke (Ruhrtrust) weiter, in jüngerer Zeit, für den Verkauf von Gelsenkirchen mitsamt dem Ruhrtrust an das Reich und für die Kämpfe zwischen dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk (RWE) und der Rheinischen Braunkohle Silverbergs. Von Friedrich Flick hat man jedoch den Eindruck, dass er im Rahmen der Kämpfe der Mann war, der das Geschäft machte. Vielleicht hätten die oben erwähnten 140 Millionen Mark Schulden den Grossspekulanten Flick erdrückt. Für Flick war der Verkauf der Gelsenkirchener

Bergwerks A.G. an das Reich die Hilfe. Unnützlich zu sagen, dass das Gelsenkirchener-Geschäft für Flick auch ein gutes Geschäft war.

Von dem gewaltigen Gelsenkirchener-Geschäft merkt man in der Bilanz der Charlottenhütte kaum etwas, da die Zu- und Abgänge sich etwa die Waage halten. In der Konzernbilanz stehen die Beteiligungen mit etwa 87 Millionen Mark zu Buch. Die Wertpapiere machen fast 20 Millionen Mark aus. Wenn die finanzielle Situation bei der Charlottenhütte noch nicht ausgerichtet ist, so hat sie immer die Möglichkeit, auf die Wertpapierreserve zurückzugreifen. So besteht auf Grund des Gelsenkirchener-Geschäftes die Möglichkeit, diesen Konzern früher oder später finanziell in Ordnung zu bringen. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen liegen nicht so günstig. Die Charlottenhütte hat es in der Hauptsache mit Eisenproduktion und Eisenlieferungen zu tun. Hier gilt es erst einen Markt zu schaffen, der soviel Eisen aufnehmen kann, dass die Produktionsgesellschaften des Flick-Konzerns, die Maximilianhütte und die Mitteldeutschen Stahlwerke, wieder rentabel werden.

SPD. Breslau, 13. März (Fig. Drahtb.)

Die Breslauer Justizpressestelle teilt mit, dass infolge der Besetzung des Gerichtsgebäudes durch SA. ein Stillstand der Rechtspflege beim Landgericht, Amtsgericht und Arbeitsgericht in Breslau eingetreten ist. Vom 13. bis 15. März finden deshalb Sitzungen und Termine nicht statt.

Wie die "Schlesische Zeitung" dazu mitteilt, hat die Breslauer Polizei Weisung erhalten, unter allen Umständen den normalen Dienstbetrieb bei den Breslauer Gerichten zu gewährleisten.

SPD. Breslau, 13. März (Fig. Drahtb.)

In Dittersbach Kreis Waldenburg wurde der Leiter der dortigen weltlichen Schule festgenommen. Der Verhaftete hatte in seiner Wohnung einen Waldenburger Kommunistenführer verborgen gehalten.

SPD. Königsberg, 13. März (Eig. Drahtb.)

Die SA hat in der Nacht zum Sonntag das Gewerkschaftshaus in Königsberg gestürmt und besetzt. Fünf Reichsbannerleute wurden durch Revolverschüsse schwer verletzt. Das "Otto Braun-Haus", das Gebäude der sozialdemokratischen "Volkszeitung" ist ebenfalls von der SA besetzt worden.

SPD. Frankfurt/M., 13. März (Eig. Dr.)

Der Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Landmann ist mit sofortiger Wirkung von seinem Posten zurückgetreten. Als Landmann am Montag in Schutzhaft genommen werden sollte, stellte sich heraus, dass er Frankfurt bereits verlassen hat.

SPD. Der Mannheimer Oberbürgermeister Dr. Heinrich und sechs andere führende Personen der Mannheimer Sozialdemokratie und des Reichsbanners sind in Schutzhaft genommen worden.

SPD. Der Reichspräsident hat den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten und Reichspropagandaleiter der NSDAP Dr. Goebbels am Montag zum Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda und den bisherigen Ministerialdirektor Walter Funk zum Staatssekretär dieses Ministeriums ernannt.

SPD. Köln, 13. März (Eig. Drahtb.)

Am Montag-Mittag besetzte eine grössere Abteilung SA das Verlagsgebäude der Kölner Görres-Haus A.G., in dem u.a. die "Kölnische Volkszeitung" gedruckt wird. Wie verlautet, soll das Gebäude drei Tage besetzt bleiben. Zwei Verlagsleiter sowie der stellvertretende Chefredakteur und zweite Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Presse wurden in Schutzhaft genommen.

SPD. Auf Anordnung des Kommissars für das bayerische Innenministerium wurde die gesamte Führerschaft der "Bayernwacht" von Oberfranken, die auf dem Boden der Bayerischen Volkspartei steht, in Schutzhaft genommen und das Kreissekretariat der Bayerischen Volkspartei in Bamberg besetzt. Inzwischen sind die Verhafteten auf Grund eines Polizeifunks wieder entlassen worden. Später erging der gleiche Haftbefehl für die Bayernwacht-Führer Mittelfrankens. Auch in Mittelfranken wurden sämtliche Bayernwacht-Führer vorläufig in Schutzhaft genommen.

SPD. Das sächsische Zentrumsblatt, die "Sächsische Volkszeitung", ist auf acht Tage bis einschliesslich 19. März verboten worden.

"Der Korrespondent", das Fachorgan der freien deutschen Buchdrucker, ist bis zum 25. März verboten.

SPD. Braunschweig, 13. März (Eig. Dr.)

Der braunschweigische Innenminister hat den sozialdemokratischen Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig Böhme aufgefordert, sich bis auf weiteres aller Dienstgeschäfte zu enthalten. Am Montag-Mittag wurde Böhme in Schutzhaft genommen.

SPD. Der Bonner Oberbürgermeister Dr. Luerken ist beurlaubt worden. Der Beigeordnete Marx, der der sozialdemokratischen Partei angehört, ist in Schutzhaft genommen worden.

In Bayern wurden etwa 20 Bezirksamtsmänner beurlaubt und bis jetzt etwa 900 Kommunisten verhaftet.

Der Reichskommissar für das Land Sachsen hat eine Verordnung erlassen; wonach allen Beamten und Lehrern, die der kommunistischen Partei angehören, mit sofortiger Wirkung die Ausübung ihres Dienstes untersagt wird.

SPD. Das Gebäude des Zentrumsorgans von Essen, die "Essener Volkszeitung" wurde unter Führung des nationalsozialistischen Gauleiters von bewaffneter SA besetzt. Die Redaktion und die Buchdrucker waren gezwungen, zwei Seiten Propaganda-Artikel gegen die Zentrums-partei aufzunehmen und die Aufforderung zur Wahl der Zentrums-partei zu streichen. Der Verlag musste diese Zentrumszeitung; in einigen tausend Exemplaren drucken und in der Stadt verbreiten.

Der Verlag hat dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und den Provinzbehörden diese Vorgänge telegrafisch mitgeteilt.

SPD. Königsberg, 13. März (Eig. Drahtb.)

In Tolkemit in Ostpreussen wurden zwei kommunistische Funktionäre "auf der Flucht erschossen".

In Elbing wurde die Leiche eines durch Kopfschuss getöteten Mannes aufgefunden. Der Tote hatte keinerlei Ausweispapiere in seinen Taschen.

SPD. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten "zum Schutz von Volk und Staat" ist das Reichsbanner "Schwarz-Rot-Gold" verboten in: Bayern, Sachsen, Braunschweig und Thüringen.

Verboten ist in diesen Ländern zugleich das Tragen von Abzeichen jeder Art, die die Zugehörigkeit zum Reichsbanner und zur Eisernen Front erkennen lassen. Auch die Fahnen dieser Organisationen dürfen öffentlich nicht gezeigt werden.

SPD. Der Reichsminister des Innern Dr. Frick hat an die Innenministerien der Länder und die Reichskommissare in München, Stuttgart, Dresden, Karlsruhe, Darmstadt, Bremen, Lübeck und Schaumburg-Lippe folgenden Runderlass gerichtet: "In zahlreichen Städten des Reiches finden immer wieder Schliessungen und Bedrohungen von Einzelhandelsgeschäften statt. Davon werden nicht nur die Inhaber der Geschäfte, sondern auch die Arbeiter und Angestellten der Geschäfte sowie das kaufende Publikum und der allgemeine Wirtschaftsverkehr schwer

betroffen.

Auch die Staatsautorität und die für den Wiederaufstieg Deutschlands unentbehrliche Vertrauensbelebung leiden unter solchen Willkürhandlungen Schaden. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bitte ich, diesen Uebergriffen nachdrücklich entgegenzutreten, und die dazu erforderlichen Anordnungen zu treffen."

SPD. Köln, 13. März (Eig. Drahtb.)

Der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer, der sozialdemokratische Bürgermeister Fresdorf und der sozialdemokratische Beigeordnete Dr. Meerfeld sind vom Regierungspräsidenten beurlaubt worden. Das Rathaus wurde von der SA besetzt. Vom Balkon des Rathauses rief der nationalsozialistische Gauleiter Grohe seinen Parteifreund Dr. Riesen vom Bankhaus Louis Hagen zum kommissarischen Oberbürgermeister aus.

Meerfeld und Fresdorf befinden sich in Schutzhaft.

SPD. Breslau, 13. März (Eig. Drahtb.)

Im Breslauer Gewerkschaftshaus wurde bei der Besetzung durch die SA der 23jährige Sohn des Hausverwalters Philipp ermordet.

Jetzt werden nähere Einzelheiten über den Tod Philipps bekannt. Philipp musste sich, als die SA eingedrungen war, mit seinem Bruder unter Bewachung durch mehrere Nationalsozialisten in einem Vereinszimmer im ersten Stock aufhalten. Plötzlich stürzte ein SA-Mann zur Tür herein und versetzte dem Wehrlosen vor den Augen des Bruders einen tiefen, tödlich wirkenden Messerstich in die Brust. Die SA-Leute, die Philipp und seinen Bruder gefangenhielten, sollen polnisch gesprochen haben. Es waren vermutlich oberschlesische Nationalsozialisten. Der Ermittlung des Täters dürften daher einige Schwierigkeiten begegnen.

Die Kommunalwahlen in den Städten.

- Aachen: SPD 5 Mandate (6), Natsoz. 17 (1), Komm. 6 (7), Ztr. 23 (27)
Kampffr. 2 D.Vp. 1.
- Altona: SPD 16 (1929: 25), Natsoz. 30 (3), Komm. 8 (9), Nationales
Bürgertum 1, Kampffr. 5, Stp. u. Ztr. 1.
- Beuthen O.S.: SPD 3, Natsoz. 26, Kom. 2, Ztr. 13, Kampffr. 2, D.Vp. 0,
Stp. 1.
- Bochum: SPD 11 Mandate (16), Natsoz. 29 (5), Kom. 8 (9), Ztr. 16 (19),
Kampffr. 4 (3), D.Vp. 0 (7), Chr. S. 1.
- Brandenburg a.d. Havel: SPD 17 Mandate (22), Natsoz. 20 (2), Kom. 4 (4),
Ztr. 0 (1), Kampffr. u. Wirtschaftspt. u. D.Vp. 4 (15).
- Breslau: SPD 19 Mandate (33), Natsoz. 45 (3), Kom. 6 (4) Ztr. 10 (13),
Kampffr. 6 (19), SAP 1, Stp. 1 (4).
- Dortmund: SPD 17 Mandate (30), Natsoz. 26 (1), Kom. 16 (10), Ztr. 17 (14),
Kampffr. 6 (Nov. 1929 Dem., D.Vp., Dnat., Volksr. 14), D.Vp. 1, Chr. S. 1, Stp. 0.
- Duisburg-Hamborn: SPD 9 Mandate (13), Natsoz. 30 (3), Kom. 12 (15), Ztr.
19 (21) Kampffr. 7.
- Düsseldorf: SPD 8 Mandate (13), Natsoz. 30 (2), Kom. 14 (16), Ztr. 18 (22),
Kampffr. 5 (6), Wirtschaftsbund 4 (11).
- Essen: SPD 9 Mandate (13), Natsoz. 31 (3), Kom. 12 (18), Ztr. 32 (33),
Kampffr. 6 (Dnat. 5), Chr. S. 1 (1).
- Frankfurt a. Main: SPD 16 Mandate (25), Natsoz. 42 (9), Kom. 8 (11), Ztr.
10 (11), Kampffr. 3 (4), D.Vp. 2 (1), Chr. So. 1 (2), Stp. 2 (4), Haus- u. Grund-
besitz 1 (0).
- Frankfurt a.d. Oder: SPD 8 Mandate (15), Natsoz. 27 (3), Kom. 4 (3), Bürger
u. Wirtsch. 1 (Ztr. 1), Kampffr. 5 (17).
- Gelsenkirchen: SPD 7 Mandate (10), Natsoz. 31 (0), Kom. 11 (17), Ztr. 17
(21), Kampffr. 4 (3), D.Vp. 0 (7), Chr. S. 1 (1).
- Görlitz: SPD 15 Mandate (20), Natsoz. 23 (3), Kom. 2 (3), Ztr. 2 (2),
Kampffr. 5, Christl. Nat. Liste 1.
- Hagen: SPD 6 Mandate (13), Natsoz. 21 (2), Kom. 9 (9), Ztr. 11 (11),
Kampffr. 4 (Dnat. 4), D.Vp. 0 (4), Chr. S. 2 (Evang. Volksd. 2).
- Halle: SPD 6 Mandate (9), Natsoz. 28 (3), Kom. 12 (16), Ztr. 1, Kampffr.
9, D.Vp. 0, Chr. S. 0, Haus- u. Grundbes. Halle 2 (Bürgerl. Arbeitg. 29 Mandate).
- Hannover: SPD 25 Mandate (38), Natsoz. 32 (3), Kom. 5 (4), Ztr. 3 (3),
Kampffr. 6, Hannoveraner 3.
- Kassel: SPD 16 Mandate (21), Natsoz. 26 (4), Kom. 4 (4), Ztr. 2 (2),
Kampffr. 6 (19 einschl. D.Vp. u. W.P.), Chr. S. 1 (3), Stp. 1 (3).
- Koblenz: SPD 3 Mandate (5), Natsoz. 19 (8), Kom. 2 (2), Ztr. 16 (16),
Kampffr. 4 (2).
- Kolberg: SPD 6 Mandate (8), Natsoz. 18 (1), Kom. 4 (5), Kampffr. 5, Bürgerl.
Mitte 1 (-), Bürgerbund 1 (12).
- Köln: SP D. 13 Mandate (21), Natsoz. 39 (4), Kom. 10 (13), Ztr. 27 (35),
Kampffr. 5, Chr. S. 1 (Nov. 1929 Dnat. 2 D.Vp. 10, Dem. 3, Wi. 7).
- Königsberg: SPD 11 Mandate (17), Natsoz. 36 (3), Kom. 9 (14), Ztr. 1 (1),
Kampffr. 5 (6), D.Vp. 1 (16), Chr. S. 1 (3).
- Kiel: SPD 20 Mandate (27), Natsoz. 28 (3), Kom. 4 (3), Kampffr. 5,
Volkswohl 4 (12), Ztr. und Stp. 0, Nat. Einheit 3 (Nov. 1929 Dnat. 6, Bürger-
block 13).
- Landsberg a.d. Warthe: SPD 8 Mandate (15), Natsoz. 22 (3), Kom. 1 (3),
Ztr. 1 (0), Kampffr. 6 (Bürgerl. Einheitsliste 13), Mieterp. 1 (3).
- Liegnitz: SPD 13 Mandate (17), Natsoz. 24 (1), Kom. 1 (1), Ztr. 3 (3),
Kampffr. 4, Grundbes., Wi. u. Mittelstand 1.

Lüneburg: SPD 9 Mandate (13), Natsoz.14 (0), Kom.2 (4), Kampffr.6 (Bürgerblock Dnat.u.D.Vp.13), Dt.Hann.1.

Magdeburg: SPD 23 Mandate (32), Natsoz.27 (3), Kom.6 (7), Ztr.1 (1), Kampffr.10.

Mühlheim-Ruhr: SPD 6 Mandate, Natsoz.23, Kom.6, Ztr.9, Kampffr.6, D.Vp. -, Chr.S.1.

Münster i.Westf.: SPD 3 Mandate (5), Natsoz.20 (1), Kom.1 (2), Ztr.19 (28), Kampffr.3, Mittelstand 2, (Dnat.1, D.Vp.3, Wi.3, Ev.Volksd.5.)

Oppeln: SPD 1 (2), Natsoz.16 (1), Kom.2 (4), Ztr.13 (18), Kampffr.6 (D.Vp.10).

Potsdam: SPD 8 Mandate (13), Natsoz.19 (3), Kom.1 (1), Ztr.1 (1), Kampffr.14 (15).

Stettin: SPD 14 Mandate (25), Natsoz.33 (2), Kom.6 (8), Ztr.1 (1), Kampffr.7 (12), D.Vp.0 (4).

Trier: SPD 3 (4), Natsoz.14 (1), Kom.2 (4), Ztr.23 (22), Kampffr.3.

Wiesbaden: SPD 9 Mandate (13), Natsoz.28 (9), Kom.5 (6), Kampffr.6, (Nov.D.Vp. u.Wi.u.Stp.u.Volksd.17), Stp.1 (4),

Wuppertal: SPD 11 Mandate (18), Natsoz.37 (2), Kom.12 (13), Ztr.8 (10), Kampffr.7 (12), Chr.S.1 (5).

Die neuen Provinzial-Landtage

Ostpreussen: SPD 147 646, 12 Mandate (Nov.1929: 23), Natsoz.632 468, 51 (4), Kom. 65 506, 6 (8), Ztr. 75 858, 7 (7), Kampffr.137 871, 11 (Dnat.27), D.Vp. 5 768, 0 (8), Chr.S. 12 236, 0 (3), Stp.3 915, 0 (3), Unpol. Interessengem. 1 849, 0 (0), Polen 3 118, 0 (0).

Brandenburg: SPD 310 703, 21 Mandate (34), Natsoz. 801 773, 52 (6), Kom. 116 035, 8 (9), Ztr. 24 128, 0, Kampffr.229 351, 15 (29), Block der Mitte 5 410, 0 (4), Chr.Nat.Bl. 6 920, 0, Splitterparteien 13 234.

Pommern: SPD 160 136, 13 Mandate (24), Natsoz. 568 138, 44 (4), Kom. 51 258, 4 (5), Ztr. 10 246, 0 (0), Kampffr. 180 237, 14 (31), Freiheitsliche Liste 3 057, Wehrwolf 403, Chr.S.5 949, Landwirte und Handwerk 173, Polen 663, Volkssoz. 650, Monarchie. 483.

Grenzmark Posen-Westpreussen: SPD 13 931, 3 Mandate, Natsoz. 95 456, 16, Kom. 4 875, 0, Ztr. 40 107, 8, Kampffr. 19 154, 3.

Niederschlesien: SPD 370 435, 24 Mandate (39), Natsoz. 916 794, 57 (6), Kom. 91 876, 6 (5), Ztr. 198 780, 13 (16), Kampffr. 159 996, 10 (Dnat.25), SAP 7 267 (0), Stp. 13 119, 0 (5). Sonstige 16 364 (0).

Oberschlesien: SPD 47 868, 4 Mandate (7), Natsoz. 313 614, 24, Kom. 46 353, 4 (5), Ztr.242 217, 18 (23), Kampffr. 60 232, 5 (Dnat.10), D.Vp.u. Chr.S. 2 804, 0, Polen 14 350, 0.

Sachsen: SPD 399 350, 25 Mandate (37), Natsoz.895 594, 54 (7), Kom. 237 765, 15 (16), Ztr. 68 110, 5 (5), Kampffr. 231 926, 14 (21), D.Vp. 15 811, 0 (10), Chr.S. 5 026, 0 (0), Stp. 9 065, 0 (5).

Schleswig-Holstein: SPD 186 533, 14 Mandate (20), Natsoz. 457 857, 32 (7), Kom. 65 411, 5 (5), Kampffr. 97 894, 7 (bisher für Heimat und Wirtschaft 16), Volkswohl 9 925, Soz.Kampfgem.564, Chr.Nat.Block 4 242, Ztr.z. Sta.12 057. Für den Kreis Herzogtum Lauenburg kommen 3 nur beschränkt stimmberechtigte Mandate hinzu, und zwar 2 NSDAP und 1 SPD-Mandat. Bisher 2 SPD- und 1 bürgerlicher.

Hannover: SPD 426 193, 26 Mandate (31), Natsoz. 901 617, 55 (8), Kom. 88 685, 6 (4), Ztr.149 098, 9 (10), Kampffr.178 348, 11 (Dnat.Nat.Front 10), D.Vp, 17 717, 0 (10), Stp.12 178, 0 (4), Hannoveraner u.Volksd.75 053, 3 (21).

Kunst und Wissen

INTERNATIONALE ZEITUNG DES S.P.D.

Berlin, den 13. März 1933.

Nacht mit Hyjuma.^x

SPD. In der Tokio-Bar in Tandjong-Prick, dem Hafen von Batavia, war Hochbetrieb. Die Mannschaft des Frachtdampfers "Giron", die zuletzt in Singa-pore betrunken gewesen war, sass um den grossen Tisch in der Ecke und liess die Flaschen leer werden.

Als Peter Dircks, der blonde Friese, auf seiner Ziehharmonika einen Twostep klavierte, zogen die Mädchen des Dorfes den Klängen nach und landeten wenige Minuten später vor der offenen Hauswand der Bar. Kleine und Grosse, Schlanke und Rundliche, standen sie alle vor der Kneipe und lauschten den zum Tanze lockenden Klängen. Sie zierten sich nicht, als sie zum Tanze gebeten wurden. Bald sassen sie mit am Tische und tranken, sangen javanische Lieder und versuchten eine Unterhaltung in Pidgeon-Englisch, wobei beide Parteien sich köstlich amüsierten.

Peter hatte "keine Hand frei", wie er sagte. Er liess gerade wieder einen Schlagler vom Stapel, als er mit einem Ruck, dem einige Misstöne folgten, stoppte und, auf ein grosses, schwarzhaariges Mädchen zeigend, ausrief: "Junge, dat is een for mi!" Das Tanzen setzte aus, und im Blickpunkt aller Augen stand Hyjuma, das schönste Mädchen von Tandjong-Prick. Der phantastisch gebatigte Rock liess ihre vollen Formen durchscheinen. Der obere Teil schien zu eng für ihre vollen Brüste. Sie war ungefähr achtzehn, bewegte sich aber, als hätte sie ein halbes Leben auf dem Parkett eines Palastes zugebracht. Ihr offenes Haar hielt eine tiefrote Schleife zusammen. Der einzige Schmuck war eine hellrote Hibiskusblüte im Haar.

Peter erholte sich zuerst. Er ging auf Hyjuma zu und bot ihr seinen Arm. Er bestellte eine neue Runde, doch als er wieder zum Tanzen aufspielen sollte, ging er zum Grammophon, legte einen Walzer auf und rutschte mit Hyjuma über die Dielen. Da er die tiefschwarzen Augen Hyjumas nicht ergründen konnte, gab er das Tanzen auf, nahm sie auf seinen Schoss und war nur noch beim Zutrinken für die Andern zu sprechen.

Der Morgendwind schaukelte sich leise in den Palmen. Langsam schälten sich die weissen Häuser von Tandjong aus der nächtlichen Umhüllung. Die Sonne sandte einige Strahlen als Vorläufer über die Reisfelder und trieb den Strom der Arbeiter, die auf der Landstrasse dem Dorfe zugingen, schneller vorwärts. Dem schwarzen Strome gegenan lief ein heller, unbedeckter Blondkopf, Peter Dircks. Er rief einen der kleinen Ponywagen an, sagte dem Kutscher den Dampfernamen und nickte bei dem gleichmässigen Gange des Wagens in der Ecke ein. Am Pier angelangt, bat er den Kutscher zu warten. Er hatte kein Geld mehr.

Als der Bootsmannsjunge Peter Dircks zum Essen wecken wollte, grunzte der nur, legte sich auf die andere Seite und fiel wieder in unruhige Träume, die häufig von Stöhnen und Gemurmel unterbrochen wurden.

Die Abendsonne spielte schon mit den höchsten Blättern der Bananen, als Peter auffuhr, sich die Augen wischte und nach der Uhr griff, die über seinem Kopf im Kojenkasten lag.

Zwei Stunden später sass er wieder in der Tokio-Bar, Hyjuma neben sich.

Lüneburg: SPD 9 Mandate (13), Natsoz.14 (0), Kom.2 (4), Kampffr.6 (Bürgerblock Dnat.u.D.Vp.13), Dt.Hann.1.
Magdeburg: SPD 23 Mandate (32), Natsoz.27 (3), Kom.6 (7), Ztr.1 (1), Kampffr.10.
Mühlheim-Ruhr: SPD 6 Mandate, Natsoz.23, Kom.6, Ztr.9, Kampffr.6, D.Vp. -, Chr.S.1.
Münster i.Westf.: SPD 3 Mandate (5), Natsoz.20 (1), Kom.1 (2), Ztr.19 (28), Kampffr.3, Mittelstand 2, (Dnat.1, D.Vp.3, Wi.3, Ev.Volksd.5.)
Oppeln: SPD 1 (2), Natsoz.16 (1), Kom.2 (4), Ztr.13 (18), Kampffr.6 (D.Vp.10).
Potsdam: SPD 8 Mandate (13), Natsoz.19 (3), Kom.1 (1), Ztr.1 (1), Kampffr.14 (15).
Stettin: SPD 14 Mandate (25), Natsoz.33 (2), Kom.6 (8), Ztr.1 (1), Kampffr.7 (12), D.Vp.0 (4).
Trier: SPD 3 (4), Natsoz.14 (1), Kom.2 (4), Ztr.23 (22), Kampffr.3.
Wiesbaden: SPD 9 Mandate (13), Natsoz.28 (9), Kom.5 (6), Kampffr.6, (Nov.D.Vp. u.Wi.u.Stp.u.Volksd.17), Stp.1 (4).
Wuppertal: SPD 11 Mandate (18), Natsoz.37 (2), Kom.12 (13), Ztr.8 (10), Kampffr.7 (12), Chr.S.1 (5).

Die neuen Provinzial-Landtage

Ostpreussen: SPD 147 646, 12 Mandate (Nov.1929: 23), Natsoz.632 468, 51 (4), Kom. 65 506, 6 (8), Ztr. 75 858, 7 (7), Kampffr.137 871, 11 (Dnat.27), D.Vp. 5 768, 0 (8), Chr.S. 12 236, 0 (3), Stp.3 915, 0 (3), Unpol. Interessengem. 1 849, 0 (0), Polen 3 118, 0 (0).
Brandenburg: SPD 310 703, 21 Mandate (34), Natsoz. 801 773, 52 (6), Kom. 116 035, 8 (9), Ztr. 24 128, 0, Kampffr.229 351, 15 (29), Block der Mitte 5 410, 0 (4), Chr.Nat.Bl. 6 920, 0, Splitterparteien 13 234.
Pommern: SPD 160 136, 13 Mandate (24), Natsoz. 568 138, 44 (4), Kom. 51 258, 4 (5), Ztr. 10 246, 0 (0), Kampffr. 180 237, 14 (31), Freiheitsliche Liste 3 057, Wehrwolf 403, Chr.S.5 949, Landwirte und Handwerk 173, Polen 663, Volkssoz. 650, Monarchie. 483.
Grenzmark Posen-Westpreussen: SPD 13 931, 3 Mandate, Natsoz. 95 456, 16, Kom. 4 875, 0, Ztr. 40 107, 8, Kampffr. 19 154, 3.
Niederschlesien: SPD 370 435, 24 Mandate (39), Natsoz. 916 794, 57 (6), Kom. 91 876, 6 (5), Ztr. 198 780, 13 (16), Kampffr. 159 996, 10 (Dnat.25), SAP 7 267 (0), Stp. 13 119, 0 (5). Sonstige 16 364 (0).
Oberschlesien: SPD 47 868, 4 Mandate (7), Natsoz. 313 614, 24, Kom. 46 353, 4 (5), Ztr.242 217, 18 (23), Kampffr. 60 232, 5 (Dnat.10), D.Vp.u. Chr.S. 2 804, 0, Polen 14 350, 0.
Sachsen: SPD 399 350, 25 Mandate (37), Natsoz.895 594, 54 (7), Kom. 237 765, 15 (16), Ztr. 68 110, 5 (5), Kampffr. 231 926, 14 (21), D.Vp. 15 811, 0 (10), Chr.S. 5 026, 0 (0), Stp. 9 065, 0 (5).
Schleswig-Holstein: SPD 186 533, 14 Mandate (20), Natsoz. 457 857, 32 (7), Kom. 65 411, 5 (5), Kampffr. 97 894, 7 (bisher für Heimat und Wirtschaft 16), Volkswohl 9 925, Soz.Kampfgem.564, Chr.Nat.Block 4 242, Ztr.u. Sta.12 057. Für den Kreis Herzogtum Lauenburg kommen 3 nur beschränkt stimmberechtigte Mandate hinzu, und zwar 2 NSDAP und 1 SPD-Mandat. Bisher 2 SPD- und 1 bürgerlicher.
Hannover: SPD 426 193, 26 Mandate (31), Natsoz. 901 617, 55 (8), Kom. 88 685, 6 (4), Ztr.149 098, 9 (10), Kampffr.178 348, 11 (Dn.u.Nat.Front 10), D.Vp, 17 717, 0 (10), Stp.12 178, 0 (4), Hannoveraner u.Volksd.75 053, 5 (12).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEFUGNIS DES SPD

Berlin, den 13. März 1933.

Nacht mit Hyjuma.^x

SPD. In der Tokio-Bar in Tandjong-Prick, dem Hafen von Batavia, war Hochbetrieb. Die Mannschaft des Frachtdampfers "Giron", die zuletzt in Singa-pore betrunken gewesen war, sass um den grossen Tisch in der Ecke und liess die Flaschen leer werden.

Als Peter Dircks, der blonde Friese, auf seiner Ziehharmonika einen Twostep klavierte, zogen die Mädchen des Dorfes den Klängen nach und landeten wenige Minuten später vor der offenen Hauswand der Bar. Kleine und Grosse, Schlanke und Rundliche, standen sie alle vor der Kneipe und lauschten den zum Tanze lockenden Klängen. Sie zierten sich nicht, als sie zum Tanze gebeten wurden. Bald sassen sie mit am Tische und tranken, sangen javanische Lieder und versuchten eine Unterhaltung in Pidgeon-Englisch, wobei beide Parteien sich köstlich amüsierten.

Peter hatte "keine Hand frei", wie er sagte. Er liess gerade wieder einen Schlager vom Stapel, als er mit einem Ruck, dem einige Misstöne folgten, stoppte und, auf ein grosses, schwarzhaariges Mädchen zeigend, ausrief: "Junge, dat is een for mi!" Das Tanzen setzte aus, und im Blickpunkt aller Augen stand Hyjuma, das schönste Mädchen von Tandjong-Prick. Der phantastisch gebatigte Rock liess ihre vollen Formen durchscheinen. Der obere Teil schien zu eng für ihre vollen Brüste. Sie war ungefähr achtzehn, bewegte sich aber, als hätte sie ein halbes Leben auf dem Parkett eines Palastes zugebracht. Ihr offenes Haar hielt eine tiefrote Schleife zusammen. Der einzige Schmuck war eine hellrote Hibiskusblüte im Haar.

Peter erholte sich zuerst. Er ging auf Hyjuma zu und bot ihr seinen Arm. Er bestellte eine neue Runde, doch als er wieder zum Tanzen aufspielen sollte, ging er zum Grammophon, legte einen Walzer auf und rutschte mit Hyjuma über die Dielen. Da er die tiefschwarzen Augen Hyjumas nicht ergründen konnte, gab er das Tanzen auf, nahm sie auf seinen Schoss und war nur noch beim Zutrinken für die Andern zu sprechen.

Der Morgendwind schaukelte sich leise in den Palmen. Langsam schälten sich die weissen Häuser von Tandjong aus der nächtlichen Umhüllung. Die Sonne sandte einige Strahlen als Vorläufer über die Reisfelder und trieb den Strom der Arbeiter, die auf der Landstrasse dem Dorfe zugingen, schneller vorwärts. Dem schwarzen Strome gegenan lief ein heller, unbedeckter Blondkopf, Peter Dircks. Er rief einen der kleinen Ponywagen an, sagte dem Kutscher den Dampfernamen und nickte bei dem gleichmässigen Gange des Wagens in der Ecke ein. Am Pier angelangt, bat er den Kutscher zu warten. Er hatte kein Geld mehr.

Als der Bootsmannsjunge Peter Dircks zum Essen wecken wollte, grunzte der nur, legte sich auf die andere Seite und fiel wieder in unruhige Träume, die häufig von Stöhnen und Gemurmel unterbrochen wurden.

Die Abendsonne spielte schon mit den höchsten Blättern der Bananen, als Peter auffuhr, sich die Augen wischte und nach der Uhr griff, die über seinem Kopf im Kojenkasten lag.

Zwei Stunden später sass er wieder in der Tokio-Bar, Hyjuma neben sich.

Als es aber acht Glasen von den Dampfern im nahen Hafen schlug und, nach Ablösung der Wachen, der Schwarm der Heizer und Matrosen zu erwarten war, bat Peter Hyjuma, mit ins Freie zu kommen. Hinter den letzten Häusern des Dorfes machte Peter ein Lager aus Bananenblättern, lief mitten aus der Arbeit weg und küsste Hyjuma heiss und lange. In der warmen Tropennacht, unter dem sternensüßen Himmel, sang Hyjuma ihre heimischen Lieder.

Sie erwachte in den Armen des blonden Riesen, als die rosenroten Morgenwolken schon in den Palmen hingen.

Am vierten Tage war das Schiff abfahrtbereit. Peter musste Abschied nehmen von der heissen Sonne Javas, die das Blut schneller kreisen liess und den Lebensmut auf den Höchststand brachte; aber auch von Hyjuma. Die "Giron" ging nach Amsterdam. Vor einem Jahre kamen sie nicht zurück. Peter stand an Deck und sah hinüber nach den Palmen, unter denen er die Hütte Hyjumas wusste.

Das Rasseln des Ankerspills durchfuhr ihn wie ein elektrischer Schlag. Der Abfahrt des Frachtdampfers sah niemand zu. Den Matrosen weinte niemand eine Abschiedsträhne nach, dachte auch Peter und wollte gerade in das Logis hinunter steigen. Da sah er eine schlanke Gestalt mit fliegenden Haaren um die Ecke des Schuppen bieten. "Hyjuma", sang es in ihm, und er rief den Namen der Geliebten so laut übers Wasser, dass der Lotse erstaunt nach vorn kam, um zu sehen, was es dort gäbe. Mit einer Handvoll Blumen stand Hyjuma am Pier und winkte Peter zu. Immer wieder rief sie: "Good bye", "Good bye", als der Dampf sich langsam von der Kaimauer löste. Peter starrte wie gebannt nach dem Mädchen das unter Rufen und Winken bis ans Ende des Piers mitlief. Ihm liefen die Tränen über die Wangen, und er murmelte: "Ein Jahr, ein Jahr - das ist zu lange".

Als die "Giron" langsam aus dem Hafen hinaussteuerte und die Gestalt Hyjumas, die immer noch winkte und rief, kleiner und kleiner wurde, sprang Peter mit einem Kopfsprung über die Reeling und schwamm in mächtigen Stössen dem Lande zu.

Otto Larsen.

Friedrich Nicolai.^x

(Zu seinem 200.Geburtstag am 18.März.)

SPD. Der Name Friedrich Nicolai ist heute ziemlich vergessen, und wer ihn doch noch kennt, in dem klingt zugleich mit den Namen aller Hohn und Hass auf, mit dem Goethe und Schiller, Fichte und Schelling, Sturm und Drang und Romantik seinen Träger bedachten. Soweit Nicolai im Andenken fortlebt, tut er das als ein Urbild der Lächerlichkeit und Beschränktheit, von Eitelkeit, Philistersinn und kleingeistigem Neid, und doch gehört er zu den wertvollen Erziehern des deutschen Volkes, hat er fruchtbarer in die Weite und Breite gewirkt als mancher unvergleichlich Grössere. Eine rein idealistische Geschichtsbetrachtung, die lediglich das schöpferisch Neue als bedeutsam, das Organisieren und Popularisieren dagegen als Kärrnerarbeit würdigt, mag über Friedrich Nicolai mit ein wegwerfenden Beiwort rasch hinweggehen; der Soziologe, der weiss, dass auch die herrlichsten Geistestaten wirkungslos verhallen, wenn ihnen nicht in der gleichzeitigen Kulturgemeinschaft der Boden bereitet wird, muss diesen unproduktiven, dünnen und selbstgefälligen Nicolai anders werten, nämlich als jenen unentbehrlichen Schulmeister des deutschen Mittelstandes, der die breite Masse von Professoren und Lehrern, von Beamten, Aerzten, Kaufleuten usw. für Lessing Kant und den Klassizismus erst reif gemacht hat. Er erst versammelte die halbe und ganzen Intellektuellen aus den Tagen des Siebenjährigen Krieges auf einer neuen Bildungsebene; er erst bewirkte, dass sie sich geistig-seelisch als eine grosse Familie zu fühlen begannen und jene Brutwärme in sich hervor-

erwarteten, die bald so wundervolle Ergebnisse zeitigen sollte.

Ein wirklich freier und stolzer Geist hätte für das Geschäft, die von Absolutismus und Kirche, Bürokratie und Feudalismus gedruckten Kleinbürger von 1750 um sich zu sammeln und weiterzuführen, garnicht getaugt. Dazu bedurfte es von vorn herein einer gewissen Beschränktheit und Enge. Nun, der junge Berliner Buchhändler, der zum ersten Male im Jahre 1755 durch die "Briefe über den itzigen Zustand der schönen Wissenschaften in Deutschland" die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenkte, konnte sich gleich zu Beginn über einen Mangel an solch notwendiger Borniertheit bei sich selbst nicht beklagen; aber just sie befähigte ihn, die anspruchsvolle Vorherrschaft der Theologie in alle Angelegenheiten des Geistes zu brechen, das Recht des Verstandes laut, ja, überlaut zu verkünden und Handel und Wandel, Moral und Kunst der Kritik der Vernunft zu unterwerfen. So kurzsichtig und so verlassen von echt künstlerischem und echt philosophischem Denken diese Kritik war, so vertraut und heimisch, so als Geist von ihrem Geiste berührte sie die noch mit tausend Wurzeln im kirchlich-feudalen Denken verhafteten Zeitgenossen, und gerade so machte sie ihnen Mut, mit eigenen Augen zu sehen, den eigenen Kräften zu vertrauen, Aufklärung und Bürgerlichkeit als vollberechtigte Werte einzuschätzen.

Instrument dieses Wirkens wurden für Nicolai allerlei Zeitschriften, die er mit dem richtigen Instinkte des Volkslehrers zeitlebens herausgab: zuerst die "Bibliothek der schönen Wissenschaften und der freien Künste" (1757/58), dann die "Briefe, die neueste Literatur betreffend" (1759/65) und endlich die "Allgemeine deutsche Bibliothek" (1765 bis 1805), lauter umsichtig geleitete, das ganze literarische Schaffen der Zeit flach, doch lückenlos vermittelnde Revuen. Sie haben, aller Flachheit ungeachtet, drei Generationen mit dem geistigen Besitztum ihrer Gegenwart bekannt gemacht, haben manchen Toten begraben und manchen halb Vergessenen, etwa Shakespeare, neu beleben helfen und haben in ihrer stolzesten Zeit, als Lessing 1759/60 die "Briefe, die neueste Literatur betreffend" mit herausgab, in der Dichtung Revolution gemacht wie kaum eine deutsche Zeitschrift sonst. Aber sie trafen es nicht, zu schweigen, als Andre, zum Reden Berufenere, auf den Plan traten; ja, Nicolai wählte, weil er so weit gewirkt hatte, auch tief zu sein, und wagte es, sich an den Tiefsten der Tiefen, an Goethe und Schiller, an Herder, Kant und Fichte mit plattem und überheblichem Witz, mit Hinterhältigkeiten und Verdächtigungen zu reiben. So schlug er sich selber unbarmherzig tot. Aber die Gerechtigkeit gebietet, zu sagen, dass er trotzdem etwas getaugt hat, und dass er seiner Aufgabe, dem deutschen Bürgertum zwischen 1750 und 1770 die Augen zu öffnen, nach Kräften gerecht geworden ist.

Alfred Kleinberg.

Unbekanntes von Marx.^x

V.

2. August 1870
1, Maitland Park Road

Lieber Becker,

mein langes Stillschweigen ist ausschliesslich aus Zeitmangel zu erklären. Ich hoffe, wir kennen uns hinlänglich, um wechselseitig die Uebersetzung zu haben, dass unsere Freundschaft unverbrüchlich ist.

Ich habe das Manifest des "Generalrats" über den Krieg zunächst an die Egalité geschickt, weil ich wusste, dass es zu spät für den Vorboten war. Ich erwarte heute Abzüge, um Dir selbe zukommen zu lassen.

In der Uebersetzung des Programms für den Kongress (im Vorboten) hat

Jung verschiedene Irrtümer begangen.

sub 1) muss es heissen: "über die Notwendigkeit, die Staatsschulden abzuschaffen. Diskussion über Entschädigungsrecht."

sub 2): "über den Zusammenhang zwischen der politischen Aktion und der sozialen Bewegung der Arbeiterschaft."

sub 4) "Verwandlung der Zettelbanken in Nationalbanken."

sub 5) "Die Bedingungen der genossenschaftlichen Produktion auf nationalem Masstab."

Doch wirst Du das alles in "Volksstaat" finden.

Was den Kongress weiter anbetrifft, so kann er unter jetzigen Umständen offenbar nicht in Mainz stattfinden. Die Belgier haben Amsterdam vorgeschlagen. Wir sind überzeugt, dass der Kongress vertagt werden muss, bis die Verhältnisse günstiger sind.

Erstens) stehen wir in Amsterdam auf ganz schwachem Boden, und es ist wichtig, den Kongress in Ländern zu halten, wo die Internationale bereits starke Wurzeln geschlagen hat.

Zweitens): Die Deutschen können niemand schicken - höchstens eine Person - bei dem jetzigen durch den Krieg hervorgerufenen Geldmangel. Die Franzosen können ihr Land nicht ohne Pässe, also obrigkeitliche Erlaubnis verlassen. Unsere französischen Sektionen sind gesprengt, die Erprobtesten flüchtig oder gefangen. Unter diesen Umständen könnte sich leicht die Farce wiederholen, die in der Schweiz gespielt hat. Gewisse Intriganten könnten eine majorité factice in Amsterdam zusammenbringen, für solche Manöver finden sie immer das nötige Geld. Woher? C'est leur secret. (Das ist ihr Geheimnis. D.Red)

Andrerseits kann der Generalrat nach § 3 der Statuten den Kongresstermin nicht aufschieben, er würde jedoch, unter den gegenwärtigen ausserordentlichen Umständen die Verantwortlichkeit eines solchen Schrittes auf sich nehmen, wenn er dazu die nötige Unterstützung seitens der Sektionen fände. Es wäre uns daher erwünscht, wenn (uns) in diesem Sinne ein motivierter Antrag offiziell von der deutschen Schweizer Gruppe und der Genfer romanischen Gruppe zuginge.

Bakunin hat, wie Du weisst, im belgischen Generalrat ein fanatisches Werkzeug, Hins, Faselhans. Dem Rundschreiben, welches der Generalrat Anfang Januar über die Egalité etc. erliess, hatte ich - da die belgische Sekretärschaft momentan erledigt war - eine Denunziation und Charakteristik Bakunins zugesetzt - Hins schrieb darauf einen höchst ungezogenen Brief gegen mich persönlich (er sprach von einer "manière indigne d'attaquer Bakunin") an den Generalrat, worauf ich ihm gedient habe. Seinem Einfluss ist es wohl zuzuschreiben dass wir gestern vom belgischen Generalrat ein offizielles Schreiben voller Anklagen erhielten, unter anderem, "der belgischen Generalrat habe beschlossen, die Delegierten für den nächsten Kongress zu beauftragen, uns zur Rechenschaft zu ziehen, wegen unseres Beschlusses betreffend den Romand fédéral conseil". Wir, sagen sie, hatten überhaupt kein Recht, uns in diese Schweizer Lokalgeschichte einzumischen! Sonderbarerweise hatten die Brüsseler selbst, ebenso wie die Pariser "Fédération", uns direkt aufgefordert, uns einzumischen! Kurzes Gedächtnis!

Jedenfalls werden wir nun in eigenem Rundschreiben unsre Entscheidung ausführlicher motivieren müssen. Du wirst mich daher sehr verpflichtet, wenn Du mir genau über die Intrigen der Alliance, den Kongress zu Lachaudsfond und den Schweizer Krakeel überhaupt berichtest.

Ich habe den Brief der russischen Freunde in Genf erhalten. Richte ihnen dafür meinen Dank aus.

Das beste ist in der Tat, wenn sie eine Broschüre über Bakunin schreiben, aber es muss bald geschehen. In diesem Fall brauchen sie mir keine weiteren Dokumente über die Umtreiben B's zu schicken.

Sie fragen mich, was Bakunin 1848 getan! Während seines Aufenthalts in Paris 1843-48 spielte er den entschiedenen Sozialisten. Nach der Revolution,

ging er nach Breslau und verband sich dort mit den bürgerlichen Demokraten, wirkte unter ihnen für die Wahl Arnold Ruges (zum Frankfurter Parlament), damals entschiedenen Feindes der Sozialisten und Kommunisten. Später - 1848 - veranstaltete er den panslavistischen Kongress zu Prag. Es ist ihm von Seiten der Panslavisten selbst vorgeworfen worden, er habe dort ein falsches Spiel gespielt. Ich glaube das jedoch nicht. Wenn er dort (vom Standpunkt seiner panslavistischen Freunde) Irrtümer beging, so nach meiner Ansicht "unfreiwillig". Anfang 1849 erliess Bakunin Adresse (Pamphlet) - sentimentaler Panslavismus! Das einzig Rühmliche, was von seiner Tätigkeit während der Revolution gemeldet werden kann, ist seine Beteiligung an der Dresdener Insurrektion September 1849.

Sehr wichtig zu seiner Charakteristik ist sein Auftreten unmittelbar nach seiner Rückkehr von Sibirien. Darüber hinreichendes Material im Kolikol und Borkheims "Russischen Briefen" in der "Zukunft", die Du wohl ja hast. Sage den russischen Freunden, dass die von ihnen denunzierte Person sich hier nicht gemeldet hat, dass ich ihren Auftrag an Borkheim ausgerichtet, und dass es mich sehr freuen wird, wenn einer von ihnen herüberkommt.

Endlich werden sie mich sehr verpflichten, wenn sie mir den eben erschienenen vierten Band von Tschernischewski schicken. Ich werde ihnen Preis desselben per Post zukommen lassen.

Den Artikel über den Krieg im letzten Vorboten sehr gut, von meiner ganzen Familie applaudiert, die Dir ihre herzlichsten Grösse schickt.

Adio! Dein Karl Marx.

Der einliegende Abzug ist an einigen Stellen verbessert, wo Druckfehler waren. Also besser daraus zu übersetzen als aus dem der Egalité geschickten Exemplar.

(Schluss folgt.)

Gedanken zur Zeit.^x

Aus den Frühschriften von Karl Marx.

SPD. Menschen, das wären geistige Wesen, freie Männer Republikaner. Beide wollen die Spiessbürger nicht sein. Was bleibt ihnen übrig, zu sein und zu wollen? Was sie wollen, leben und sich fortpflanzen (und weiter, sagt Goethe, bringt es doch keiner), das will auch das Tier, höchstens würde ein deutscher Politiker noch hinzuzusetzen haben, der Mensch wisse aber, dass er es wolle, und der Deutsche sei so besonnen, nichts weiter zu wollen. Das Selbstgefühl des Menschen, die Freiheit, wäre in der Brust dieser Menschen erst wieder zu erwecken. Nur dies Gefühl, welches mit den Griechen aus der Welt und mit dem Christentum in den blauen Dunst des Himmels verschwindet, kann aus der Gesellschaft wieder eine Gemeinschaft der Menschen für ihre höchsten Zwecke, einen demokratischen Staat machen.

+ + +
Der einzige Gedanke des Despotismus ist die Menschenverachtung, der entmenschte Mensch, und dieser Gedanke hat vor vielen anderen den Vorzug, zugleich Tatsache zu sein. Der Despot sieht die Menschen immer entwürdigt. Sie ersaufen vor seinen Augen und für ihn im Schlamm des gemeinen Lebens, aus dem sie auch, gleich den Fröschen, immer wieder hervorgehen.

+ + +
Der sogenannte christliche Staat ist der unvollkommene Staat, und die christliche Religion gilt ihm als Ergänzung und als Heiligung seiner Unvollkommenheit. Die Religion wird ihm dabei notwendig zum Mittel, und er ist der Staat der Heuchelei. Der sogenannte christliche Staat bedarf der

christlichen Religion, um sich als Staat zu vervollständigen. Der demokratische Staat, der wirkliche Staat, bedarf nicht der Religion zu seiner politischen Vervollständigung. Er kann vielmehr von der Religion abstrahieren, weil in ihm die menschliche Grundlage der Religion auf weltliche Weise ausgeführt ist. Der sogenannte christliche Staat verhält sich dagegen politisch zur Religion und religiös zur Politik. Wenn er die Staatsformen zum Schein herabsetzt, so setzt er ebenso sehr die Religion zum Schein herab.

Die Unvereinbarkeit der Religion mit den Menschenrechten liegt so wenig im Begriff der Menschenrechte, dass das Recht, religiös zu sein, auf beliebige Weise religiös zu sein, den Kultus seiner besonderen Religion auszuüben, vielmehr ausdrücklich unter die Menschenrechte gezählt wird. Das Privilegium des Glaubens ist ein allgemeines Menschenrecht.

Ewiges Antlitz.^x

Zum 50. Todestage von Karl Marx.

Aus Licht kam ich, in Dunkelheit gehoben,
Umrisse ahnend hinter diesen Wänden.
Und jählings wusste ich, dass hier Vollenden
und höchste Einfalt ineinander woben.

Die Stirn trat weiss aus Dämmerung hervor,
die Augen deckte Traum, und immer wieder
riss jedes Wort aus diesem Mund mich nieder.
Gewaltig kämpfte ich. Und ich verlor.

Ewiges Antlitz über allem Schauen,
in Dunst und Qualm gehüllt, gross und in Ehren,
lebend' und sehend' Bild, aus Stein gehauen.

Denkmal des Geistes, Kraft, die wir verehren,
goldne Paläste werden wir nicht bauen -
und dennoch fülle uns, die Ewig-Leeren!

Heinrich Claus.

SPD. Die Vermehrung des Elchs.^x Vor noch gar nicht langer Zeit rechnete man mit einem baldigen Aussterben des Elchs in Ostpreussen. Es schien, als wenn man diese Tiere, die zur Familie der Hirsche gehörende Wiederkäuer mit grossem, bis 2 Meter hohem und fast 3 Meter langem Körper sind, vor dem Untergange nicht mehr bewahren könnte. Infolge der strengen Schutzbestimmungen haben sich jedoch in den letzten Jahren die Elche, auch Elentiere genannt, wieder zu einer solch stattlichen Zahl vermehrt, dass die Gefahr des Aussterbens dieses seltenen Wildes vorläufig beseitigt ist. Die Zunahme der Elche ist sogar so beträchtlich, dass sie ihr Verbreitungsgebiet von der Kurischen Nehrung bereits nach Süden ausgedehnt haben. In der ostpreussischen Landwirtschaftskammer wird gegenwärtig eine Abänderung der Abschussbestimmungen für diese Tiere erörtert, da im Kreise Darkehmen die Vermehrung so stark ist, dass der Elch den Landleuten in diesem Bezirk teilweise durch Zerstörung der Saaten, Bäume und Sträucher bereits ernstlichen Schaden zufügt.
